

Fels, Gerhard

Article — Digitized Version

Instrument zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit?

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Fels, Gerhard (1985) : Instrument zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit?, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 5, pp. 233-237

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136039>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Instrument zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit?

Gerhard Fels, Köln*

Die Befürworter einer Industriepolitik sehen in ihr u. a. ein geeignetes Instrument zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Kann die Industriepolitik diesen Anspruch erfüllen? Wo liegen die Schwachstellen und Gefahren?

Im vergangenen Jahr wurde die wirtschaftspolitische Diskussion in einem erheblichen Maße von der These bestimmt, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt habe im Bereich technisch hochentwickelter Produkte gelitten. Insbesondere die Strukturberichterstattung wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute nährte die Zweifel an der internationalen Konkurrenzfähigkeit deutscher Unternehmen auf dem Gebiet der Hochtechnologie-Güter. Inzwischen ist die Auseinandersetzung wieder abgeebbt. Dazu hat sicher beigetragen, daß die Exportwirtschaft so offensiv auf die Abwertung der D-Mark reagiert hat. Dabei haben sich auch viele traditionelle Produktionsbereiche wieder erfolgreich in das Auslandsgeschäft einschalten können. Geblieben ist jedoch die Vorstellung, daß die Wirtschaftspolitik durch die internationale Konkurrenz herausgefordert ist. Zur Diskussion steht auch eine Industriepolitik, die die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft von innen heraus verbessere, indem sie dafür Sorge, daß neue, zukunftssträchtige Produktionsbereiche von deutschen Unternehmen stärker erschlossen werden.

Industriepolitik zielt im Ansatz darauf, den Strukturwandel zu beschleunigen. Mit staatlicher Hilfe sollen neue erfolgversprechende Technologien, sogenannte Spitzentechnologien, entwickelt und in marktfähige Produkte und einsatzfähige Produktionsverfahren umgesetzt werden. Instrumente sind die staatliche Förderung von betrieblicher Forschung und Entwicklung sowie von

Forschungskooperation zwischen den Unternehmen, die Einrichtung von Gründungszentren und Technologieparks, der staatlich unterstützte Technologietransfer aus Großforschungseinrichtungen in die Unternehmen, der Einsatz von Technologieberatern und die Einrichtung von Risikokapitalmärkten. In der Bundesrepublik existiert ein breites Instrumentarium dieser Art von Industriepolitik.

Unnötiger Technologiekomplex

Über zu wenige Anstrengungen in Forschung, Entwicklung und Ausbildung zu klagen, besteht kein Anlaß. In der Bundesrepublik wird vom Bruttosozialprodukt mehr als in irgendeinem anderen Land für Forschung und Entwicklung eingesetzt, der weit überwiegende Teil davon marktnah in den Unternehmen. Das System der Facharbeiterausbildung hält dem internationalen Vergleich gut stand. Schon 1981 kam der Sachverständigenrat in einer Analyse der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu dem Schluß, daß Befürchtungen, die deutsche Wirtschaft könne aus Mangel an technischem Wissen in Zukunft ihre Wettbewerbsfähigkeit nicht erhöhen, weitgehend unbegründet seien. Es sei durchaus möglich, den technischen Erkenntnisstand, der in unserem Land vorhanden ist, mit dem Angebot an qualifizierten Technikern und Facharbeitern in höherem Maße in produktivitätssteigernde Fertigungsverfahren und attraktivere Produkte umzusetzen. Der Engpaß liege nicht so sehr im Bereich des Wissens und Könnens, sondern im Bereich der wirtschaftlichen Dynamik.

Prof. Dr. Gerhard Fels, 45, ist Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln.

* Referat gehalten auf dem 11. Augsburger Konjunkturgespräch am 28. 2. 1985.

Auch die Schwachstellen, die die Strukturberichterstattung aufgezeigt hat, bieten keinen Anlaß für ein Zweitklassigkeitssyndrom oder einen Technologiekomplex. Im Hochtechnologiebereich – dazu werden Erzeugnisse für die Datenverarbeitung und Nachrichtentechnik, elektronische Produkte, Meßinstrumente, medizinische Geräte, Luft- und Raumfahrtgerät und andere technologieintensive Güter gezählt – kann man zwar Verluste von Weltmarktanteilen gegenüber den Hauptkonkurrenten, den Vereinigten Staaten und Japan, beobachten. Und auch im deutschen Exportsortiment sind diese Güter etwas zurückgefallen. Doch man muß bei der Interpretation dieser Zahlen sehr vorsichtig sein. Weltmarktanteile werden berechnet aufgrund von Dollarwerten der jeweiligen Exporte. Die Aufwertungen des Dollar und des Yen gegenüber der D-Mark, die seit 1980 stattgefunden hatten, lassen die Anteilswerte der Vereinigten Staaten und Japans günstiger erscheinen, als es den tatsächlichen Exporterfolgen entspricht. Ein zweites kommt hinzu: Die Abwertung der D-Mark gegenüber dem Dollar und Yen seit 1980 hat alle Güter unseres Exportsortiments verbilligt. Nicht zuletzt die Absatzchancen der Standardgüter verbesserten sich, weil bei diesen die Nachfrage sehr schnell auf Preisänderungen reagiert. Güter mit hohem Technologiegehalt, bei denen es mehr auf Novität und Qualität als auf den Preis ankommt, sind auch deshalb in ihrem Anteil am Gesamtexport etwas zurückgefallen.

Offensive Anpassung

Überhaupt sollte man nicht nur auf das kleine Segment der als technologieintensiv eingestuften Güter starren. Die Mikroelektronik durchdringt inzwischen sehr rasch die Sortimente der traditionellen Exportbranchen. Es gibt viele Beispiele dafür, daß deutsche Unternehmen in diesen schon lange existierenden Exportbereichen Spitzentechnologien einsetzen und verkaufen. In der Natur der Sache – Technologie ist Wettbewerbsparameter – liegt es freilich, daß eine repräsentative Bestandsaufnahme nur schwer möglich ist. Generell kann man sagen, daß die Fähigkeit der deutschen Wirtschaft bei der Anwendung etwa der Mikroelektronik meistens unterschätzt wird. Ihre Stärke liegt sicher dort, wo moderne Technologien mit Ingenieurskunst und Facharbeiterkönnen zusammenkommen. Die Autoindustrie produziert mit der modernsten Technik. Bei der Prozeßsteuerung für und in der Konstruktion von Maschinen, in der Elektrotechnik, in der Chemie, in der Meß- und Regeltechnik, in der Medizintechnik, in der betrieblichen Logistik und Warenwirtschaft, mit sehr vielen Spezialprodukten kann sich die deutsche Wirtschaft durchaus sehen lassen.

Daß eine akute Gefährdung unserer außenwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit nicht festgestellt werden kann, sollte uns jedoch nicht zur Selbstgefälligkeit verleiten. Auf mittlere und längere Sicht sollten wir uns schon Gedanken machen über Fehlentwicklungen, die auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit berühren. Kurzfristig war die Abwertung der DM die richtige Reaktion auf das Leistungsbilanzdefizit, das sich nach dem zweiten Ölpreisschock einstellte. Die gegenwärtige Dollar-Hausse führt sogar zu einer Überreaktion in der außenwirtschaftlichen Anpassung. Die drastische Abwertung, die damit verbunden ist, überspielt manche Schwächen der deutschen Wirtschaft und muß Schritt um Schritt durch eine offensive Anpassung abgelöst werden, durch die das Angebot an international gehandelten Gütern durch mehr Innovationen attraktiver gemacht wird. Das wäre der Königsweg. Er ist weitgehend identisch mit dem Ziel der Revitalisierung unserer Wirtschaft, die uns auch beim Abbau der Arbeitslosigkeit voranbringt.

Das japanische Beispiel

Die Frage ist nun, ob eine intensivere und gezieltere Industriepolitik dabei helfen kann. Die Befürworter dieser Art von Anpassungspolitik verweisen gern auf das japanische Beispiel. Der Einfluß der japanischen Industriepolitik auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und den Erfolg im Hochtechnologie-Bereich wird jedoch häufig überschätzt¹. Die japanische Elektromaschinenindustrie beispielsweise, die auch die Herstellung von Computern und Halbleitern umfaßt, nahm im Zeitraum von 1961 bis 1980 nur 0,6 bis 0,8 % ihrer gesamten Bankkredite zinsvergünstigt bei der japanischen Entwicklungsbank auf. Zudem hat die japanische Industriepolitik nicht nur Gewinner im Strukturwandel, sondern auch Verlierer gefördert, wie etwa die Aluminiumverhüttung und die petrochemische Industrie. Andere, international erfolgreiche Branchen wie die Motorradherstellung und die Unterhaltungselektronik erhielten keine staatliche Unterstützung. Nippon Electrical Company bekam in den siebziger Jahren sogar den Rat, sich aus der Computerfertigung zurückzuziehen, weil dieser Zweig niemals profitabel sei.

Der US-Council of Economic Advisers kommt zu dem Schluß, daß andere Charakteristiken der japanischen Wirtschaft für den wirtschaftlichen Erfolg wichtiger waren als die Industriepolitik. Als ausschlaggebend für die technologischen Erfolge Japans müssen letzten Endes das innovationsfreundliche gesellschaftliche Klima, die hohe Rate der Kapitalbildung, das effiziente Bildungs-

¹ Vgl. dazu Economic Report of the President 1984, Washington 1984, S. 95 ff.

system, die Lohnflexibilität und der weitgehende Verzicht auf strukturkonservierende Interventionen angesehen werden.

Überforderung staatlicher Instanzen

Regierungen und Behörden haben noch nie großes Geschick bei der Aufgabe bewiesen, künftige Markterfolge zu prognostizieren. Innovationen sind in einer marktwirtschaftlichen Ordnung Aufgabe der Unternehmer. Sie sind staatlichen Instanzen bei der Entscheidung über die Durchsetzung von Neuerungen überlegen. Die Marktnähe der Unternehmen bewirkt, daß diese besser übersehen können, welche neuen Produkte und Produktionsverfahren erfolgsträchtig erscheinen. Das unternehmerische Urteil wird dadurch geschärft, daß mit dem Erfolg oder Mißerfolg von Neuerungen finanzielle Belohnungen oder Bestrafungen verbunden sind. Staatsbediensteten fehlt es an diesen Anreizen. Das in einer Volkswirtschaft dezentral vorhandene Wissen wird am besten genutzt, wenn Innovationen von möglichst vielen durchgeführt werden. Staatliche Instanzen verfügen in der Regel nicht über das vorhandene Wissen, es kann nicht zentral gespeichert werden (Hayek). Eine breit angelegte Innovationstätigkeit sorgt überdies dafür, daß mögliche Mißerfolge ausgeglichen werden. Wenn Innovationen in einem Unternehmen fehlschlagen, stehen dem häufig Erfolge anderer Unternehmen gegenüber.

Erschwerend kommt hinzu, daß die Marktsignale beeinträchtigt werden; Forschungsaktivitäten werden in die falschen Richtungen kanalisiert. Selektive Forschungsförderung bedeutet ja nichts anderes, als daß die nicht geförderten Forschungsbereiche verteuert werden. Es entsteht ein Anreiz für die Unternehmen, die über den Einsatz knapper Forschungsmittel entscheiden, sich den staatlicherseits geförderten Bereichen zuzuwenden, um die öffentliche Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Forschung und Entwicklung konzentrieren sich somit auf weniger Bereiche, als wenn es keine Forschungsförderung gäbe. Das Ergebnis heißt weniger Vielfalt in der volkswirtschaftlichen Produktpalette. Dies gefährdet letzten Endes die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen eines Landes.

Staatliche Instanzen sind überfordert bei einer Strategie des „picking the winners“. Welche Bereiche in Zukunft denn das Wachstum tragen werden, können weder Wissenschaftler noch Beamte beantworten, am wenigsten in einer Volkswirtschaft, die weltwirtschaftlich gesehen einen Spitzenplatz in der technologischen und ökonomischen Entwicklung einnimmt. Weniger entwickelte Länder haben noch den Vorteil, daß sie Verhaltensmuster und Technologien, die es bereits in höher

entwickelten Ländern gibt, imitieren und importieren können. Aber auch dabei unterlaufen den Planungsbehörden gravierende Fehler. Hochentwickelte Länder besitzen allenfalls Informationen über das künftige Schicksal ihrer alten Industrie, nämlich aus der Beobachtung der Industrialisierungsprozesse in den weniger entwickelten Ländern. Das Aufspüren neuer Wachstumschancen ist dagegen primär eine unternehmerische Aufgabe, die vom Staat nicht gelöst werden kann.

Gefahr des neuen Protektionismus

Können hochentwickelte Länder nicht genügend Innovationen hervorbringen, neigen sie dazu, sich an alten Produktionen festzuklammern. Sie stehen dann nicht nur ihrer eigenen Weiterentwicklung im Wege, sondern behindern auch die Integration der zurückgebliebenen Länder in die weltwirtschaftliche Arbeitsteilung. Hier liegt die größte Gefahr der Industriepolitik. Sie kann leicht zum euphemistischen Etikett für einen neuen Protektionismus werden. Die europäischen Länder sind wegen ihrer strukturellen Erstarrungen dafür viel anfälliger als etwa Japan. Der größte Teil der staatlichen Subventionen – etwa vier Fünftel – dient heute schon in der Bundesrepublik der Erhaltung alter Produktionen, nur ein kleiner Teil der Entwicklung neuer.

Länder, die industriepolitische Defensivmaßnahmen ergreifen, riskieren nicht nur Retorsionsmaßnahmen anderer Länder, auch die Fähigkeit des Auslandes, im Inland Güter zu kaufen, wird vermindert, da das Ausland infolge des Protektionismus weniger Devisenerlöse verdient. Beides reduziert die Absatzchancen der Exportgüter für das zum Protektionismus greifende Land. Im Falle der Bundesrepublik sind dies aber vor allem technologisch anspruchsvolle Produkte mit hohem Neugehalt.

Ungenutzte Wachstumsreserven

Industriepolitik als Instrument zur Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit ist zudem zu eng angelegt. Selbst wenn diese Form der Strukturpolitik ordnungspolitisch akzeptabel wäre, ist ihr vorzuwerfen, daß sie sich lediglich auf einen Teilbereich der Volkswirtschaft, auf das verarbeitende Gewerbe, konzentriert. Übersehen wird dabei, daß sich unsere Volkswirtschaft von einer industriebestimmten zu einer dienstleistungsorientierten Wirtschaft wandelt, also dem Muster der Drei-Sektoren-Hypothese folgt. Im Dienstleistungsbereich schlummern große Wachstumsreserven, wie das Beispiel der Vereinigten Staaten zeigt. Dort ist nicht nur ein größerer Anteil der Beschäftigten im tertiären Sektor tätig, auch die Expansion dieses Bereichs ging dort schneller voran als bei uns.

Daß der Strukturwandel in der Bundesrepublik zu langsam abläuft, liegt außer an den hohen Arbeitskosten an den vielen Regulierungen im Dienstleistungssektor. Mannigfaltige Staatseingriffe führen zu erheblichen Behinderungen der ökonomischen Aktivitäten im Verkehrsgewerbe, im Handel und im Kommunikationswesen. Dienstleistungen sind auch unter Exportgesichtspunkten von Bedeutung. Dienstleistungen im Finanz- und Versicherungswesen, im Fremdenverkehr und in der Werbung, im Güter- und Nachrichtenverkehr sind auch über Grenzen hinweg möglich.

Forschungskooperation von Unternehmen

Zur Industriepolitik muß auch die staatliche Förderung und Unterstützung der Forschungskooperation von Unternehmen gerechnet werden, sei es durch wettbewerbsrechtliche Erleichterungen für gemeinschaftliche Forschungseinrichtungen, sei es durch finanzielles Engagement des Staates in der zwischenbetrieblichen Forschung wie beim ESPRIT²-Programm der EG. Zugunsten der Gemeinschaftsforschung werden vor allem die Vermeidung von mehrfachen Forschungs- und Entwicklungsbemühungen und damit verbundene Kosteneinsparungsmöglichkeiten angeführt. Unternehmen könnten „komplementäres Wissen und komplementäre Einrichtungen zusammenführen und so besser nutzen und sich damit gegenseitig befruchten“³. Zudem sei es dann möglich, finanzielle Zuschüsse des Staates konzentrierter einzusetzen. Daß diese Effekte auftreten können, soll nicht geleugnet werden, sie können jedoch unter Wettbewerbsgesichtspunkten auch problematisch sein.

Gemeinschaftliche Forschung bedeutet, daß die Zahl der forschenden Unternehmen und der durchgeführten Forschungsprojekte vermindert wird. So heißt es etwa im Bundesbericht Forschung 1984, daß durch Verbundforschung „die bisherige Vielzahl von kleineren Einzelprojekten reduziert“ wird⁴. Damit kann aber auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit eines Landes reduziert werden. Je breiter die Forschungs- und Entwicklungstätigkeit der Unternehmen angelegt ist, desto eher werden mögliche Mißerfolge durch die Erfolge anderer Unternehmen ausgeglichen. Reduziert man die Forschungsbreite, reduziert man auch die Fähigkeit, solche Mißerfolge auszugleichen. Führen etwa gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen zu ei-

nem Produkt, das sich auf dem Weltmarkt als Reifall erweist, kann dieser Fehlschlag möglicherweise mangels anderer Forschungsergebnisse nicht ausgeglichen werden. Kooperation bei Forschung und Entwicklung ist dann von Übel, wenn dadurch die Vielfalt von FuE verarmt. Die Spannweite des Angebots einer Volkswirtschaft wird um so mehr eingeengt, je weiter die Zusammenarbeit über Forschung und Entwicklung hinausgeht und sich auf die Verwertung der Ergebnisse ausdehnt.

Ordnungspolitische Grundlinie

Diese Einsichten müssen die ordnungspolitische Grundlinie auch der Innovationspolitik bilden. Die Zuständigkeit des Staates ist eigentlich nur für die Grundlagenforschung unbestritten. Jedoch hat sich im Bereich der angewandten Forschung und Entwicklung ein erheblicher Einfluß des Staates herausgebildet. Mit dem Ziel der Zukunftssicherung offerieren der Bund, zuweilen auch die Länder und Gemeinden, finanzielle Anreize zur Innovationstätigkeit der Unternehmen. Politiker reden wie selbstverständlich von der Steuerungskompetenz des Staates. Die Anzahl der Programme ist Legion.

Ordnungspolitisch weitgehend unbedenklich ist diese Technologiepolitik, wenn sie zwischen einzelnen Technologien nicht diskriminiert, sondern die Bedingungen für unternehmerische Forschung und Entwicklung im allgemeinen verbessert. Sie stellt dann ein gewisses Gegengewicht für anderweitig verursachte Störungen des Innovationskalküls dar. Die indirekte Forschungsförderung genügt diesen Kriterien. Die direkte Projektförderung durch den Staat kann eine ordnungspolitische Rechtfertigung allenfalls in Ausnahmefällen beanspruchen, etwa wenn es gilt, einen gravierenden Rückstand in einer Schlüsseltechnologie aufzuholen. Die Mischformen der gegenwärtigen Forschungsförderung – Informationstechnologie, Materialtechnologie, Biotechnologie, Lasertechnologie – liegen zumindest an der Grenze zwischen einer marktwirtschaftlichen und einer technokratischen Innovationspolitik.

Instrumente der staatlichen Strukturpolitik, gegen die aus ordnungspolitischer Sicht kaum Einwände bestehen, sind die Förderung von Unternehmensgründungen durch die Einrichtung von Technologieparks, auch Gründerzentren genannt. Zu erwähnen ist ferner die Verbesserung des Zugangs kleiner und mittlerer Unternehmen zu dem Wissensvorrat in staatlichen Einrichtungen durch Ausbau der Technologieberatung und verstärkten Einsatz von Datenbanken. Zusätzlich ange-regt werden könnte der Technologietransfer durch eine engere Verzahnung der staatlichen Großforschungseinrichtungen und der universitären Forschungszentren

² European Strategic Program for Research and Development in Information Technologies.

³ Ansprache des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Wirtschaft, Dr. Rudolf Sprung, zur zweiten Internationalen Kartellkonferenz am 2. Juli 1984 in Berlin zum Thema „Gemeinschaftsforschung und Wettbewerb“, Redemanuskript, S. 18.

⁴ Bundesbericht Forschung 1984, Bundestagsdrucksache 10/1543, S. 29.

mit der Innovationstätigkeit in der Wirtschaft, beispielsweise durch Beurlaubungsprogramme für die im staatlichen Bereich tätigen Wissenschaftler und Ingenieure. Allerdings können auch hier Probleme auftreten, die bei einer kritischen Analyse berücksichtigt werden müssen. Technologieparks und Gründerzentren dürfen nicht zu dauerhaften Subventionsempfängern werden, staatliche Zuschüsse müssen nach einer Anfangszeit auslaufen. Bedenklich ist auch ein Subventionswettbewerb der Gemeinden um die Errichtung von Gründerzentren. Technologieparks dürfen nicht zu einem Statussymbol der jeweiligen Kommune degenerieren.

Notwendige Reformen

Industriepolitik ist eher die medikamentöse Behandlung eines chronischen Leidens. Sie ist nicht zu einer dauerhaften und nachhaltigen Lösung der ökonomischen Schwierigkeiten in der Lage. Gefragt ist vielmehr eine Wirtschaftspolitik, die die Angebotskräfte unserer Volkswirtschaft nachhaltig stärkt. Auf einigen Gebieten ist sie von der derzeitigen Bundesregierung bereits eingeleitet worden. Im Bereich der Finanzpolitik zeitigt die Konsolidierung erste Erfolge. Sie trägt dazu bei, daß der Staat weniger volkswirtschaftliche Ressourcen beansprucht. Daneben sind auf mittlere Sicht weitere Reformen im Steuerrecht notwendig, um ein günstigeres Verhältnis zwischen Risiken und Erträgen herzustellen. Subventionsabbau steht weiterhin auf der Tagesordnung. Notwendig ist auch eine nachhaltige Deregulierung im Dienstleistungsbereich, um den Strukturwandel nicht zu behindern.

Was die europäische Wirtschaftspolitik anbelangt, ist ein gemeinsamer europäischer Markt im Hochtechnologie-Bereich noch in weiter Ferne. Ein wirklich kontinuierlicher Markt stellte ein enormes Potential dar. Je größer der Absatzbereich eines Unternehmens ist, desto höher kann die Stückzahl sein, in der ein Gut produziert wird. Dadurch sinken die anteiligen Forschungs-, Entwicklungs- und Markteinführungskosten, die auf das einzelne Produkt umgelegt werden. Dies erleichtert es den Unternehmen, auch sehr kostspielige Innovationen durchzuführen.

Ein gemeinsamer Markt wäre insbesondere bei Beschaffung und Auftragsvergabe öffentlicher Unternehmen und des Staates herzustellen. Neue Entwicklungen im Bereich der Kommunikationstechnik würden erleichtert, wenn die Unternehmen eines Landes die Gewißheit haben, daß mehr als eine nationale Postverwaltung als Abnehmer in Frage kommt. Gemeinsame Normen und Standards in Europa könnten darüber hinaus die grenzüberschreitende Verbreitung der Produkte erleichtern.

Einen Grund, die staatliche Förderung von Forschung und Entwicklung rasant in die Höhe zu treiben, gibt es in der Bundesrepublik nicht. Die deutsche Wirtschaft gab 1983 mit 2,8 % einen so großen Teil ihres Bruttosozialproduktes für Forschung und Entwicklung aus wie kein anderes Land. Beim Anteil der FuE-Aufwendungen, die in der privaten Wirtschaft getätigt werden (ca. 70 %), nimmt sie zusammen mit den Vereinigten Staaten ebenfalls einen Spitzenplatz ein. Die private Wirtschaft hat von 1973 bis 1983 ihre Aufwendungen mit jährlich 9,6 % mehr gesteigert als der Staat mit jährlich 6,7 %. Das Problem liegt jedoch darin, daß gleichzeitig die private Investitionstätigkeit kaum noch zugenommen hat, das Innovationspotential deshalb nicht ausgeschöpft worden ist.

Schwerpunkte einer Innovationspolitik

Die Innovationspolitik sollte sich darauf konzentrieren, die Effizienz ihres Wirkens zu verbessern. Dazu gehört vor allem, daß die Wirtschaftspolitik für mehr Investitionsdynamik sorgt. Was die Innovationspolitik selbst anlangt, so sind folgende Schwerpunkte zu bilden:

- eine weitere Verlagerung von der direkten zur indirekten Förderung (Stichwort: Freiwerdende Mittel vom Schnellen Brüter und HT-Reaktor für verstärkte indirekte Förderung einsetzen);
- eine engere Verzahnung der staatlichen Großforschungseinrichtungen und der universitären Forschungszentren mit der Innovationstätigkeit in der Wirtschaft (Stichworte: Beurlaubungsprogramm für im staatlichen Bereich tätige Wissenschaftler und Ingenieure);
- eine Verbesserung des Zugangs kleiner und mittlerer Unternehmen zu dem Wissensvorrat in staatlichen Einrichtungen (Stichworte: private Technologieberatung fördern, Gründerzentren, Fachinformationszentren, verwertbares Wissen auf Datenbanken speichern, die allgemein zugänglich sind);
- Abbau von steuerlichen und gesellschaftsrechtlichen Innovationshemmnissen (Stichworte: zu hohe Steuern auf das Eigenkapital, zweiter Markt für Beteiligungskapital und Wagniskapital);
- die Herstellung eines gemeinsamen europäischen Marktes für Technologiegüter (Stichworte: Abbau der Beschaffungsgrenzen, europäische Zusammenarbeit technologieintensiver Unternehmen, europaweite Normen und Standards).

Setzt die Innovationspolitik künftig ihre Schwerpunkte in diesen Bereichen, wird sie effizienter und ordnungspolitisch verträglicher. Eine Industriepolitik wird dann niemand vermissen.